

Dirk Niebel MdB

Generalsekretär der Freien Demokratischen Partei

INEP Institut Oldenburg gGmbH
Herrn Professor Dr. Bernd Heins
Geschäftsführender Direktor
Henstedter Weg 2
27243 Groß Ippener

Berlin, 30. April 2009

voe

Sehr geehrter Herr Professor Heins,

ich komme zurück auf Ihre Anfrage vom 23. Februar 2009 an Dr. Guido Westerwelle, der mich gebeten hat, Ihnen zu antworten.

Zu Frage 1:

Wissenschaftliche Studien werden von der FDP nicht eigens kommentiert. Ungeachtet dessen begrüßen wir die Beschlüsse des Europäischen Rates, bis 2020 den Ausstoß der Treibhausgase um 20% gegenüber 1990 zu reduzieren, als ersten wichtigen Schritt. Wichtigstes Klimaschutzinstrument ist für uns der Emissionshandel. Er gewährleistet einen wirksamen Umweltschutz durch feste Emissionsobergrenzen zu den geringsten volkswirtschaftlichen Kosten.

Die FDP-Bundestagsfraktion will den Emissionshandel in Deutschland auf den gesamten Verkehrs- und Wärmesektor ausweiten. Ansatzpunkt für diese Sektoren soll die oberste Handelsebene (Energieimporteure) von Brennstoffen sein. Langfristig sollte das bereits international eingeführte Handelssystem für CO₂-Verschmutzungsrechte als Vorbild genutzt werden, die Freisetzung von CO₂ oder anderen Treibhausgasen möglichst umfassend und europaweit einheitlich vom Erwerb sog. handelbarer Verschmutzungsrechte (Emissionszertifikate) abhängig zu machen. Funktionierende Märkte für Emissionszertifikate bewirken ohne zusätzliche staatliche Regulierung von Technologien, dass sich die relativ zum CO₂-Preis günstigeren Erzeugungstechniken und Produkte durchsetzen.

Kernenergie ist solange unverzichtbar, bis erneuerbare Energien in ausreichendem Umfang grundlastfähigen Strom erzeugen oder die Technik der CO₂-Abscheidung für Kohlekraftwerke im großtechnischen Maßstab beherrscht wird. Die Laufzeiten sicherer Kernkraftwerke müssen daher verlängert werden. Im Gegenzug sollten Kernkraftwerksbetreiber einen Teil der finanziellen Vorteile, die ihnen die Laufzeitverlängerung bringt, an eine zu gründende „Deutsche Stiftung Energieforschung“ abführen sowie für niedrigere Energiepreise in der Wirtschaft und für Verbraucher. Die Erträge der Stiftung sollten zur Forschung an innovativen Energietechnologien eingesetzt werden, mit denen Treibhausgase vermieden oder die Energieeffizienz verbessert werden kann.

Freie Demokratische Partei - Thomas-Dehler-Haus - Reinhardtstraße 14 - 10117 Berlin
Telefon: (0 30) 28 49 58 81 / -83 Telefax: 28 49 58 82 - E-Mail: niebel@fdp.de

Deutschland braucht den Wechsel – Ihre Spende für eine bessere Politik
Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00, Konto Nr.: 26 72 82 200

Die FDP will die Kohleverstromung durch CO₂-Abscheidung klimaverträglicher machen. Für die weitere Erforschung und Erprobung der Carbon Capture Storage-Technologie (CCS) im Rahmen von Pilotprojekten soll baldmöglichst ein sicherer Rechtsrahmen geschaffen werden, der sich an der 1:1-Umsetzung Europäischen Rechts orientiert und alle Bereiche der CCS-Technologie (Abscheidung, Transport, Speicherung) umfasst.

Zu Frage 2:

Die FDP spricht sich für einen Ausbau erneuerbarer Energien und die Förderung von Energiespeichertechniken aus. Damit wird zugleich ein wichtiger Beitrag zur Unabhängigkeit der Versorgung Deutschlands mit Energie geleistet. Er bietet zudem die Grundlage für die weitere technologische Entwicklung und die Technologieführerschaft deutscher Unternehmen in diesem Sektor. Als Vorreiterin beim Klima- und Ressourcenschutz hat sich Deutschland bereits profiliert und baut seine Position weiterhin aus. Dies ist erstrebens- und unterstützenswert.

Die FDP-Bundestagsfraktion setzt sich seit langem dafür ein, dass Auslandsprojekte für den Klimaschutz stärker anerkannt werden und so den Technologietransfer verstärken. Mit Blick auf die internationale Zusammenarbeit gilt es, bei den erneuerbaren Energien vor allem die Strategie eines Stromverbundes mit Nordafrika mit Nachdruck weiter zu verfolgen. Neben der Entlastungswirkung für das Weltklima hat dies große Kostensenkungspotenziale für den Klimaschutz auch in Deutschland, weil man pro eingesetztem Euro in sonnenreichen Ländern beispielsweise über Photovoltaikanlagen deutlich mehr Treibhausgasemissionen einsparen kann als in Deutschland.

Zu Frage 3:

Die FDP befürwortet die Förderung erneuerbarer Energien, um unsere Energieversorgung auf eine möglichst breite Grundlage zu stellen. Dies leistet einen Beitrag zur Unabhängigkeit vom Import fossiler Energieträger. Dazu müssen die Nutzung erneuerbarer Energien jenseits der Stromversorgung ausgeweitet und die Kosten gesenkt werden. Entscheidend ist dafür die Weiterentwicklung der Techniken zur Energiespeicherung. Diesbezügliche Potenziale vor allem im Bereich der Elektromobilität müssen unterstützt werden. Zur Kostensenkung will die FDP auf europäischer und nationaler Ebene mehr Wettbewerb zwischen den erneuerbaren Energien ermöglichen. Altanlagen erhalten Bestandsschutz und sollen mit garantierten Einspeisepreisen nach dem bisherigen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) gefördert werden. Neuanlagen sollen hingegen durch einen Handel mit Grünstrom-Zertifikaten gefördert werden.

Mit Blick auf das Wechselverhältnis zwischen fiskalpolitischen Maßnahmen, Ordnungsrecht und Selbstverpflichtungen gilt für die FDP der Grundsatz, dass wir die Umwelt- und Klimapolitik mit den Menschen gestalten wollen. Die Nutzer der natürlichen Umwelt und ihrer Ressourcen sind für uns Partner und nicht Gegner. Nachhaltige Politik muss viel mehr als bisher mit den Eigentümern und Nutzern natürlicher Ressourcen entwickelt werden, denn sie haben ein ureigenes Interesse an einer nachhaltigen Nutzung. Daher setzen wir zunächst stets auf freiwillige Maßnahmen und den Vertragsnaturschutz, erst nachrangig auf hoheitliche Ge- und

Verbote. Gegen „fiskalpolitische Maßnahmen“, also gegen das Erheben von Umweltabgaben oder Ökosteuern spricht aus unserer Sicht, dass diese Instrumente häufig die Menschen finanziell belasten, ohne das ökologisch Mögliche zu erreichen. Außerdem eignen sich Abgaben vor allem auf nationaler Ebene, kaum auf der europäischen Ebene, wohl eher gar nicht auf internationalem Level. Gerade hier liegt aber der Focus umweltpolitischer Herausforderungen. Schließlich sind Abgabensinstrumente extrem anfällig für Lobbyaktivitäten (Härtefallklauseln, Spitzenlastausgleiche etc.).

Zu Frage 4:

Bedarfsprognosen und Versorgungsszenarien der Bundesregierung stützen sich auf Annahmen einer gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die mit Beginn der weltweiten Kredit- und Wirtschaftskrise immer fragwürdiger werden. Das energiepolitische Konzept der FDP setzt auf Technologie, Offenheit und Ideologiefreiheit und nicht auf politische Lenkung der Strukturen im Detail.

Zu Frage 5:

Deutschland ist zu rund 70% von Energieimporten abhängig. Die FDP setzt daher auf einen krisenfesten Energiemix der neben den erneuerbaren Energien auch die Kernenergie und die fossilen Brennstoffe wie die Kohle mit umfasst. Neue Kohlekraftwerke müssen dabei so gebaut werden, dass sie mit Technologie zur Abscheidung von CO₂ nachgerüstet werden können und damit klimaneutral arbeiten.

Zu Frage 6:

Die FDP tritt für einen weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien ein (siehe auch Antwort zu 3) und für die zum Abtransport von Offshore Winderzeugung erforderliche Verstärkung der Leitungsinfrastruktur.

Die FDP wendet sich gegen einen zentralstaatlichen Ansatz, der jedem Energieträger und jeder Erzeugungstechnologie einen bestimmten Platz im Erzeugungsmix zuweist. Klimafreundliche und effiziente Erzeugungstechnologien müssen im Wettbewerb optimiert und ermittelt werden. Die FDP befürwortet eine möglichst breite und mittelfristig global zu vereinbarende Anwendung des CO₂-Handelsregime mit Emissionszertifikaten, da auf diese Weise Umweltkosten einzelner Erzeugungstechnologien in marktkonformer und effizienter Weise in Investitionsentscheidungen berücksichtigt werden. Über die dadurch bewirkte Internalisierung der Umweltkosten in die betriebliche Rechnung der einzelnen Unternehmen wird erreicht, dass Klimaschutzmaßnahmen dort vorgenommen werden, wo sie am kosteneffizientesten möglich sind. Nur durch eine solche Strategie ist es möglich, die Ziele Versorgungssicherheit, Umweltschutz und Preiswürdigkeit der Energie miteinander in Einklang zu bringen.

Zu Frage 7:

Die FDP hält den Ausstieg aus der Kernenergie für ökonomisch und ökologisch falsch. Kernenergie ist solange unverzichtbar, bis erneuerbare Energien im ausreichenden Umfang grundlastfähigen Strom erzeugen oder die Technik der CO₂-

Abscheidung für Kohlekraftwerke im großtechnischen Maßstab beherrscht wird. Daher tritt die FDP für eine Laufzeitverlängerung bei Kernkraftwerken ein.

Zu Frage 9:

Die FDP will, dass die Sicherheit in den Kernkraftwerken auch weiterhin an neue Erkenntnisse angepasst und optimiert wird. Deutschland braucht unabhängig vom Weiterbetrieb der Kernkraftwerke dringend eine sichere Lösung für den Verbleib hochradioaktiver Abfälle. Die Erkundung des Salzstocks Gorleben muss zügig und ergebnisoffen fortgesetzt werden, um eine abschließende Aussage über die Eignung des Standorts Gorleben als mögliches Endlager für hochradioaktive Abfälle treffen zu können. In jedem Fall plädiert die FDP-Bundestagsfraktion dafür, die Trennung und Transmutation von nuklearen Abfällen weiter zu erforschen und zu nutzen. Dafür wird in Deutschland endlich ein ganzheitlicher Ansatz zur Energieforschung benötigt. Derzeit verteilen sich die Zuständigkeiten auf vier Bundesministerien mit entsprechend unterschiedlichen Vorstellungen. So werden durch das Festhalten der Bundesregierung am Ausstieg aus der Kernenergie die zur sicheren Endlagerung von radioaktivem Abfall notwendigen Forschungsarbeiten blockiert.

Zu Frage 10:

Die FDP setzt auf eine international wirksame Zertifizierung, die sicherstellt, dass die Kraftstoff- oder Stromproduktion hieraus nicht die Abholzung des Regenwaldes oder anderer ökologisch sensibler Gebiete fördert. Mit Blick auf konkurrierende Nutzungsansprüche für die heimische Biomasse gilt es, ökologisch wertvolle Nutzungen von Gülle, organischen Reststoffen und Holz aus Agroforstsystemen in den Vordergrund zu stellen (siehe im Einzelnen das Positionspapier der FDP-Bundestagsfraktion „Energetische Nutzung von Biomasse“ vom 6.5.2008).

Zu Frage 11:

Die FDP unterstützt das Ziel, Energieverschwendung zu vermeiden und den individuellen Energieverbrauch zu optimieren.

Die größten Potenziale zur Energieeinsparung liegen in der Wärmedämmung des Gebäudebestands, in energieoptimierten technischen Produkten und in einem energiebewussten Verhalten jedes Einzelnen. Verbote, wie das Glühbirnenverbot, sind jedoch staatliche Bevormundungen und motivieren den Einzelnen nicht. Wir wollen dagegen eine ökologische Konsumentenverantwortung, dass heißt eine bewusste Entscheidung des Einzelnen auf Grund transparenter Verbraucherinformationen. Strom- und Gasrechnungen müssen jedem Verbraucher ein genaues und verständliches Bild seines Energieverbrauchs geben – auch im Verlauf über das Jahr –, der Anteil staatlicher Belastungen der Energiepreise muss dabei klar ersichtlich sein.

Zu Frage 12:

Die FDP sieht große Potenziale für eine Ausweitung der Kraftwärmekopplung, da diese Technologie eine besonders hohe Energieausbeute ermöglicht.

Zu Frage 13:

Wichtigstes und effizientes Instrument um CO₂-Emissionen bzw. treibhausrelevante Emissionen zu begrenzen ist deren Begrenzung im Rahmen eines weltweiten Handelssystems mit CO₂-Zertifikaten. In dieses System sollten auch andere Sektoren wie der Verkehr einbezogen werden. Damit wird eine kosteneffiziente Begrenzung des Primärenergieverbrauchs bewirkt, soweit die Energie aus fossilen Quellen stammt.

Zu Frage 14:

Mit einem Tempolimit lässt sich nach einhelliger Einschätzung der meisten Experten kein wesentlicher Effekt für den Klimaschutz erreichen. Bei Staus werden mehr Schadstoffe in die Luft geblasen, weshalb Systeme zur intelligenteren Straßenführung überlegen sind. Der Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat dazu bei einem Treffen der EU-Umweltminister in Luxemburg formuliert: „Tempolimit ist wie Mülltrennung ... Die Bedeutung für den Klimaschutz ist begrenzt.“ Im Übrigen gibt es schon seit langem eine Begrenzung auf 130 km/h als Richtgeschwindigkeit auf deutschen Autobahnen. Dies hat sich insgesamt bewährt. Wo es aus Sicherheitsgründen oder zur besseren Verkehrsführung sinnvoll ist, ein Tempolimit zu setzen, wird dies entsprechend angeordnet. Auf diese Art und Weise wird auf knapp der Hälfte des deutschen Autobahnnetzes bereits dauernd oder zeitweise das Tempo begrenzt. Auch ein messbarer Zuwachs an Verkehrssicherheit wäre von einem allgemeinen Tempolimit nicht zu erwarten.

Zu den sonstigen umweltrelevanten Vorstellungen der FDP im Bereich „privater Straßenverkehr“ siehe die Anträge der FDP-Bundestagsfraktion „Elektromobilität – für einen bezahlbaren und klimaverträglichen Individualverkehr“ (Bundestagsdrucksache 16/10877) und „Elektromobilität durch Änderung von immissions- und verkehrsrechtlichen Regelungen fördern“ (Bundestagsdrucksache 16/12097).

Zu Frage 15:

Der Wettbewerb auf den Energiemärkten funktioniert immer noch nicht zufriedenstellend. Langfristig müssen strukturelle Hemmnisse für den Wettbewerb, wie die heute auf nur vier Unternehmen konzentrierte Herrschaft über die Energieerzeugung, aufgebrochen werden. Das Bundeskartellamt muss durch Änderungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in die Lage versetzt werden, als Ultimario marktbeherrschende Monopol- oder Oligopolunternehmen aufzubrechen und zu entflechten. Unabhängige Investoren in Kraftwerke benötigen leichteren Zugang zu den deutschen Energiemärkten. Ihnen könnte durch einen Einspeise- und Anschlussvorrang für Strom aus neuerrichteten Anlagen vorübergehend zusätzliche Sicherheit gewährt werden. Die Möglichkeit für Wettbewerb durch Energieimporte, insbesondere durch Stromimporte aus Nachbarländern Deutschlands, sollte verbessert werden.

Der Wettbewerb im Gassektor ist durch eine Reduzierung der Marktgebiete und einen deutschlandweiten Börsenhandel voranzutreiben.

Zu Frage 16:

Im Bereich des Netzausbaus werden zurzeit eine Vielzahl von Projekten nach Auskunft der Bundesnetzagentur durch schleppende Genehmigungsverfahren behindert. An einer Beschleunigung dieser Vorhaben durch den Gesetzgeber führt daher kein Weg vorbei. Für die Erdverkabelung gilt es in Pilotprojekten Erfahrungen mit den Kosten und praktischen Schwierigkeiten des Erdkabelbetriebs zu sammeln. Für Langstrecken sind nach eigenem Bekunden der Erdkabelhersteller unterirdische Kabelsysteme nicht der richtige Weg.

Zu Frage 17:

Entgegen vielfachen Befürchtungen aus der Vergangenheit hat ein großflächiges Sterben der Stadtwerke als Folge der Liberalisierung niemals stattgefunden. Private Energieanbieter konnten sich zwar langsam aber dennoch erfolgreich auf dem deutschen Energiemarkt etablieren. Die FDP setzt sich für eine ausreichende personelle Ausstattung der Wettbewerbsbehörden sowie für eine strikte Missbrauchsaufsicht auf den Energiemärkten ein, um dass missbräuchliche Ausnutzen von Marktmacht durch marktbeherrschende Anbieter auf dem Strommarkt zu unterbinden. Erforderlich ist auch eine Marktbeobachtungsstelle, die im Bereich des Stromgroßhandels in der Lage ist Manipulationen des Strompreises an der Strombörse aufzudecken.

Zu Frage 18:

Engpässe und Ausfälle bei den Verteilungsnetzen sind im Gegensatz zu den Folgen unterbliebener Investitionen im Übertragungsnetzbereich nicht zu befürchten. Nichts desto trotz ist es erforderlich, dass Qualitätsaspekte bei den Netzregulierungen durch die Bundesnetzagentur verstärkt beachtet werden. Die FDP fordert zudem seit langem die Zusammenlegung der vier Regelzonen durch die Übertragungsnetzbetreiber in Deutschland. Dadurch könnte der Bedarf an teurer Regelenergie erheblich gesenkt und Aufwendungen in dreistelliger Millionenhöhe erspart werden.

Zu Frage 19:

Als Folge der Verhandlungen zum dritten Binnenmarktpaket wird die eigentumsrechtliche Netzabtrennung, das sogenannte Unbundling nur noch ein Modell unter drei verschiedenen Optionen der Netztrennung sein. Die FDP hat sich gegen eine eigentumsrechtliche Trennung mit enteignendem Charakter ausgesprochen, da sie die strukturellen Wettbewerbsdefizite auf den Energiemärkten nicht löst und Netzstrukturen im privaten Eigentum gegenüber Netzstrukturen im Staatseigentum diskriminiert. Stattdessen spricht sich die FDP für eine deutschlandweite Netz AG aus, die in Entscheidungen über Investitionen und der Betriebsführung unabhängig agieren kann.

Zu Frage 20:

Die Subventionierung dauerhaft unwirtschaftlicher Energieträger im Strombereich muss unter Beachtung von Planungssicherheit und Eigentumsrechten der Unternehmen schnellstmöglich beendet werden. Bei einer Beendigung des Subventionsregimes für die Steinkohle im Jahre 2012, statt wie vorgesehen 2018, können laut Bundeswirtschaftsministerium 12 Milliarden Euro eingespart werden. Auf dieses Vorziehen des Subventionsausstieges ist hinzuwirken. Der Kohlekompromiss

trägt dem Grundsatz wirtschaftlicher Mittelverwendung nicht genug Rechnung. Die Steuerzahler sollen nach dem derzeitigen Kompromiss mit 12 Milliarden Euro belastet werden, um 10.600 Bergleute für durchschnittlich drei Jahre im Bergbau weiter zu beschäftigen. Dies entspricht fast 400.000 Euro pro Mann und Jahr – eine Summe, die schwer als „sozialverträglich“ gelten kann. Es ist daher dringend nötig, die Dauersubvention zu stoppen, so dass wieder mehr Spielraum besteht zur Förderung von Infrastruktur und Bildung.

Zu Frage 21:

Die FDP setzt sich für eine Politik ein, die einen Investitionsstau im Bereich Kraftwerke und Netzausbau auflöst und so die Bremsen für Investitionen löst. Sichere und kalkulierbare Rahmenbedingungen für Investitionen sind das beste Konjunkturprogramm für Deutschland. Das gilt auch und besonders für den Bereich Energie. Ein gesetzlicher Rahmen, der die Abscheidung und Speicherung von CO₂ aus Kohlekraftwerken ermöglicht, sowie deutlich verkürzte Planfeststellungsverfahren für die von den Energieversorgern beabsichtigte Modernisierung und Ertüchtigung der Stromnetze könnten Investitionen bis zu 40 Milliarden Euro ermöglichen.

Ferner muss die deutsche Klima- und Energiepolitik die nationalen Interessen an einem modernen und umweltfreundlichen konventionellen Kraftwerkspark so vertreten, dass die deutsche Energiewirtschaft die geplanten Investitionen in Deutschland vornimmt und nicht im Ausland. Damit könnten in erheblichem Umfang Arbeitsplätze geschaffen bzw. erhalten werden ohne staatliche Mittel dafür aufzuwenden.

Zu Frage 23 und Frage 24:

Die FDP fordert den deutschlandweiten Ausbau einer effizienten und ökologischen Energieholzproduktion in Agroforstsystemen. Hierfür müssen umgehend die ökologischen Vorteilswirkungen solcher Agroforstsysteme gründlicher erforscht werden (s. hierzu, FDP-Antrag, BT-Drs. 16/8409). Die FDP fordert bei der Nutzung forstlicher Biomasse künftig die Kaskadennutzung zu optimieren. Die FDP möchte das Bauen mit Holz zukünftig durch den Abbau überflüssiger, rechtlicher Vorschriften erleichtern und die Ausbildung von Fachleuten für den Gebrauch von Holz als Baumaterial verbessern. Bei Ausschreibungen der Öffentlichen Hand sollte die Verwendung von Holz künftig stärker berücksichtigt werden.

Zu Frage 25:

Zu den einzelnen Gesetzen ergibt sich der aus den Antworten zu den vorstehenden Fragen resultierende Handlungs- bzw. Entscheidungsbedarf. Um Wiederholungen zu vermeiden, wird auf eine nochmalige Darstellung an dieser Stelle verzichtet und auf die vorangehenden Antworten verwiesen.

Zu Frage 26:

Der Emissionshandel ist für die FDP das wichtigste Klimaschutzinstrument. Er gewährleistet einen wirksamen Klimaschutz durch feste Emissionsobergrenzen zu

den geringsten volkswirtschaftlichen Kosten. Die FDP will den Emissionshandel in Deutschland auf den gesamten Verkehrs- und Wärmesektor ausweiten. Ansatzpunkt für diese Sektoren soll die oberste Handelsebene von Brennstoffen sein. Die Versteigerungserlöse des Emissionshandels sollen zur Senkung der Stromsteuer genutzt werden. Darüber hinaus will die FDP Auslandsprojekte für den Klimaschutz stärker anerkennen und so den Technologietransfer verstärken. Neben der Entlastungswirkung für das Weltklima hat dies große Kostensenkungspotenziale für den Klimaschutz auch in Deutschland, weil man pro eingesetztem Euro in sonnenreichen Ländern beispielsweise über Photovoltaikanlagen deutlich mehr Treibhausgasemissionen einsparen kann als in Deutschland. Außerdem geht es auch darum, beispielsweise den Export von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien aus Deutschland voranzubringen und Arbeitsplätze zu sichern.

Mit Blick auf das Problem des „Carbon leakage“ ist es aus Sicht der FDP besonders wichtig, dass sachgerechte Regelungen für energieintensive Unternehmen gefunden werden – zumal dann, wenn diese unter einem hohen internationalen Wettbewerbsdruck stehen. Es wäre sinnlos, Arbeitsplätze ins Ausland zu treiben, damit dort die gleichen Produkte mit dem gleichen CO₂-Ausstoß oder zu noch schlechteren Umweltbedingungen produziert werden. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass eine Lösung in diesem Bereich nur durch ein Post-Kyoto-Abkommen erreicht werden kann, das die großen Wettbewerber beim Klimaschutz einschließt.

Zu Frage 27:

Die Aufteilung energiepolitischer Zuständigkeiten auf verschiedene Ressorts hat sich weder in der nationalen Politik noch bei internationalen Verhandlungen als hilfreich erwiesen. Oftmals haben sich die Ressorts Wirtschaft und Umwelt bis zur Handlungsunfähigkeit paralyisiert. Die FDP tritt daher für eine Zusammenführung der Kompetenzen im Bundeswirtschaftsministerium ein.

Zu Frage 28:

Handlungserfordernisse bestehen auf dem Gebiet einer gemeinsamen Energieaußenpolitik. Die FDP spricht sich für eine verstärkte Zusammenarbeit der EU-Länder in Energiefragen aus. Ziel einer europäischen Energiegemeinschaft sollte nicht nur das gemeinsame Bemühen um internationale Standards sein, sondern auch die koordinierte Reaktion auf Versorgungsunterbrechungen. In Deutschland sollte die Europäische Kommission in ihren Bemühungen um die Herstellung von fairen Wettbewerbsregeln auf den internationalen Energiemärkten nachhaltig unterstützen. Es liegt im elementaren deutschen Interesse, die Verhandlungen über eine Energiecharta zügig abzuschließen. Ferner ist die gemeinsame europäische Energieforschung weiter auszubauen. Die FDP hat dazu bereits 2007 den umfassenden Antrag „Energieaußenpolitik für das 21. Jahrhundert“ (Bundestagsdrucksache 16/6796) eingebracht.

Zu Frage 29:

Zur Verzahnung von Klimaschutzpolitik und Versorgungssicherheit bestehen vielfältige Möglichkeiten, die es in Zukunft zu nutzen gilt. Dazu gehört der Ausbau erneuerbarer Energien bei gleichzeitiger Förderung von Energiespeichertechniken. Damit kann zugleich ein Beitrag zum Klimaschutz und zur Versorgungssicherheit

Deutschlands geleistet werden. Die FDP will die Kohleverstromung klimaverträglicher machen. Die Technologie der CO₂-Abscheidung und -Einlagerung muss durch Pilotprojekte und die zügige Schaffung eines sicheren Rechtsrahmens gefördert werden. Neue Kohlekraftwerke dürfen nur noch ans Netz gehen, wenn zumindest eine Nachrüstung mit CO₂-Abscheidung möglich ist. Bis erneuerbare Energien in ausreichendem Umfang grundlastfähigen Strom erzeugen können oder die CO₂-Abscheidung und -Einlagerung für Kohlekraftwerke im großtechnischen Maßstab zur Verfügung steht, brauchen wir die Kernenergie als Übergangstechnologie. Eine gut konzipierte Klimaschutzpolitik ist zugleich eine vernünftige Wirtschaftspolitik.

Zu Frage 30 und 31:

Sowohl die projektbasierten Mechanismen des Kyoto-Protokolls (JI und CDM) als auch die Versteigerung der Emissionslizenzen spielen in den klimapolitischen Vorstellungen der FDP eine sehr wichtige Rolle. Siehe dazu im Einzelnen die Ausführungen im Antrag der FDP-Bundestagsfraktion „Vorschlag der EU-Kommission für den Emissionshandel nach 2012 überarbeiten – Klima schützen, Stromverbraucher entlasten, Wettbewerb stärken“ (Bundestagsdrucksache 16/8075).

Zu Frage 32:

Die Versteigerungserlöse des Emissionshandels sollen primär zur Senkung der Stromsteuer genutzt werden. Außerdem muss sichergestellt werden, dass energieintensive Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen, nicht den Standort Deutschland verlassen und damit ein sogenanntes „carbon leakage“ – ein Verlagerungseffekt der CO₂-Emissionen – auftritt.

Zu Frage 33:

Die FDP-Bundestagsfraktion befürwortet, die Möglichkeiten der Bindung von CO₂ in Kohlenstoffsinken für den Klimaschutz zu nutzen. Grundsätzlich gilt es, Klimaschutz und Emissionshandel auf größtmögliche Wirkung und Kostenminimierung durch die Verknüpfung und integrale Anwendung aller Instrumente des Kyoto-Protokolls einschließlich der Kohlenstoffsinken zu verpflichten. Damit werden die Vorteile der Kyoto-Instrumente nicht zuletzt auch der deutschen Land- und Forstwirtschaft zugänglich.

Zu Frage 34:

Der langfristigen Energiepartnerschaft mit Russland wird weiterhin eine eminente politische Bedeutung für die sichere Energieversorgung Deutschlands zukommen. Auf wirtschaftlicher Ebene wird die Versorgung durch Lieferverträge deutscher Energieversorger mit ihren wirtschaftlichen Partnern insbesondere der Gasprom gesichert. Die unternehmerische Organisation der Energielieferungen hat sich in der Vergangenheit bewährt. Der steigende Energiebedarf in Europa erfordert aber auch die weitere Diversifizierung und nachhaltige Sicherung von Lieferwegen für energetische Rohstoffe – nicht zuletzt auch unter dem Gesichtspunkt der steigenden Importabhängigkeit Europas und Deutschlands.

Zu Frage 36:

Die FDP setzt sich für eine umfassende Kontrolle der EU-Mittel ein. Transparenz ist dabei ebenso wichtig wie die Stärkung der Kontrollorgane der EU. Die FDP setzt sich insbesondere für eine Stärkung des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) sowie eine Stärkung der Stellung des Präsidenten des Europäischen Rechnungshofes ein. Zur effektiveren Betrugskontrolle und zur Ahndung von europäischem Subventionsbetrug fordert die FDP zudem die Schaffung einer europäischen Staatsanwaltschaft.

Zu Frage 37 und 38:

Als Energieland der Zukunft, mit einer starken und ausgeprägten Forschungslandschaft braucht Deutschland eine neue Standortbestimmung für eine klimaverträgliche und nachhaltige Energie- und Energieforschungspolitik, um den seit langem einvernehmlich formulierten Rahmenzielen Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit gerecht zu werden. Dazu gehört die Kernenergie als Übergangstechnologie bis erneuerbare Energien in ausreichendem Umfang grundlastfähigen Strom erzeugen können oder die CO₂-Abscheidung-Einlagerung der Kohlkraftwerke im großtechnischen Maßstab zur Verfügung steht. Die Laufzeiten sicherer Kernkraftwerke müssen daher verlängert werden.

Die FDP tritt dafür ein, dass sich im Gegenzug die Kernkraftwerke des Betreibers dazu bereit erklären, einen Teil der finanziellen Vorteile unter anderem an eine unter anderem zu gründende „Deutsche Stiftung Energieforschung“ abzuführen. Die Stiftung sollte die Mittel für Projekte zur Erforschung klimaneutraler Energiesysteme und deren Erprobung auf den Gebieten der Gewinnung, Umwandlung, Speicherung und Übertragung von Energie sowie der Effizienzverbesserung bei Gewinnung und Nutzung von Strom, Wärme oder Kälte bereitstellen (siehe dazu auch Antrag der FDP-Bundestagsfraktion „Energieforschung neu ausrichten – Deutschland, Energieland der Zukunft“ (Bundestagsdrucksache 16/10329).

Zu Frage 39:

Die FDP tritt dafür ein, die Pflanzenrohstoffe für die energetische Verwertung von Biomasse und als Rohstoffe für die Industrie (unter Einschluss der „grünen Gentechnik“) zu erforschen. Es geht aber auch um die Prozessentwicklung zur Verarbeitung von nachwachsenden Rohstoffen unter Nutzung der Möglichkeiten der industriellen („weißen“) Biotechnologie. Jedoch wird die Nutzung biogener Kraftstoffe durch die Besteuerungswut der Bundesregierung verhindert. Eine ganze Branche, die mit hohen Forschungs- und Entwicklungsleistungen sowie Investitionen die Kraftstoffe der so genannten 1. Generation marktreif machte, wird systematisch ruiniert.

Zu Frage 40:

Die FDP setzt sich bei Bildung, Ausbildung und Beschäftigung und im Rahmen der Berufsberatung gemeinsam mit den Ländern dafür ein, dass Mädchen und junge Frauen auf Wirtschafts- und Ausbildungszweige hingewiesen werden, in denen bislang vor allem Männer tätig sind, und junge Männer auf berufliche Tätigkeiten in Bereichen, in denen bislang vor allem Frauen tätig sind. Wir fordern ferner, angesichts der Notwendigkeit lebenslangen Lernens eine modularisierte Aus-, Fort- und Weiterbildung zu schaffen, damit Frauen und Männer sich während und nach Familienphasen weiterqualifizieren können. Übergänge und Weiterqualifizierungen zwischen einzelnen Berufen sollen erleichtert werden. Mit Blick auf Führungskräfte sprechen wir uns für Modelle mit Teilzeitleösungen aus.

Mit freundlichen Grüßen

Two handwritten signatures in blue ink, one on the left and one on the right, positioned below the text 'Mit freundlichen Grüßen'. The signatures are stylized and cursive.